



DER VORSITZENDE  
DES RUNDFUNKRATS

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Herrn

[REDACTED]  
[REDACTED]

Westdeutscher Rundfunk

Appellhofplatz 1 50667 Köln  
Telefon +49 (0)221 220 5601  
Telefax +49 (0)221 220 2762

Köln, 26. August 2020

## Ihre Programmbeschwerde an den WDR-Rundfunkrat

Sehr geehrter Herr [REDACTED],

der Rundfunkrat des WDR hat sich in seiner Sitzung am 13. August 2020 abschließend mit Ihrer Programmbeschwerde befasst. Mit diesem Brief informiere ich Sie über den Beratungsgang und über die Gründe für die Entscheidungen zur

**Anrufung des Rundfunkrats gemäß § 10 Abs. 2 WDR-Gesetz vom 10. Mai 2020 bezüglich des Beitrags „Flüchtlingskrise auf Lesbos“ in der Sendung „WDR aktuell“ im WDR Fernsehen vom 5. März 2020.**

Nach dem in § 10 Abs. 2 WDR-Gesetz vorgeschriebenen Verfahren für die Beurteilung einer Programmbeschwerde ist die zentrale Frage für den Intendanten ebenso wie für den Rundfunkrat, ob die Schwelle zur Verletzung von Programmgrundsätzen, die in § 5 WDR-Gesetz ausgeführt sind, überschritten ist.

Das Gremium prüft und bewertet jede Programmbeschwerde einzeln und ausführlich. Es kann Defizite in beanstandeten Beiträgen feststellen und dem WDR Anregungen für die künftige Arbeit geben. Das heißt aber noch nicht, dass der Rundfunkrat einer Programmbeschwerde beitrifft, ihr also zustimmt und damit einen Verstoß gegen Programmgrundsätze konstatiert. Dies ist nur dann der Fall, wenn die vom Rundfunkrat erkannten Defizite eklatant sind und so gravierende Folgen haben, dass sie einen Gesetzesverstoß begründen.

Die Informationen zu Ihrer oben aufgeführten Programmbeschwerde hat der Intendant des WDR dem Rundfunkrat am 15. Juni 2020 übermittelt. Grundlagen für die Meinungsbildung des Gremiums waren der gesamte Schriftwechsel zwischen Ihnen und dem WDR sowie dem WDR-Rundfunkrat – und damit Ihre Programmbeschwerde vom 6. März 2020, die Stellungnahme des Intendanten an Sie vom 6. Mai 2020, Ihr Anrufungsschreiben an den Rundfunkrat vom 10. Mai 2020 und der beanstandete Beitrag selbst.

Entsprechend der Satzung des WDR hat zunächst der Programmausschuss über Ihre Programmbeschwerde am 25. Juni 2020 beraten.

Der Intendant des WDR hat die von Ihnen vorgetragenen Argumente Ihrer Programmbeschwerde inhaltlich dem Programmgrundsatz

- Verpflichtung auf die Wahrheit (§ 5 Absatz 4 WDR-Gesetz)

zugeordnet.

Das Votum des Programmausschusses, zusammen mit allen Unterlagen, ging dem Rundfunkrat zu. In der öffentlichen Sitzung des Rundfunkrats am 13. August 2020 fasste die Vorsitzende des Programmausschusses, Petra Kammerevert MdEP, die Beratungen des Ausschusses vom 25. Juni 2020 zusammen:

Der Programmausschuss habe sich den Argumenten des Intendanten zu allen Kritikpunkten angeschlossen. Er habe in keiner Aussage des Beitrags eine Verletzung des Programmgrundsatzes „Verpflichtung auf die Wahrheit“ gesehen. Auch das Statement Norbert Röttgens sei legitim gewesen, da er als fachkundiger Gesprächspartner seine Einschätzung zur europäischen Sicht auf die Lage in Syrien abgegeben habe.

Der Rundfunkrat schloss sich der Beurteilung des Programmausschusses an.

Im Ergebnis kam der Rundfunkrat einstimmig bei einer Enthaltung zu dem Beschluss, dass in dem Beitrag „Flüchtlingskrise auf Lesbos“ in der Sendung ‚WDR aktuell‘ im WDR Fernsehen vom 5. März 2020 gegen den Programmgrundsatz

- **Verpflichtung auf die Wahrheit (§ 5 Absatz 4 WDR-Gesetz)**

nicht verstoßen wurde.

Ich hoffe, dass ich Sie mit meinen Ausführungen über die Beratungen des WDR-Rundfunkrats unter Berücksichtigung der im WDR-Gesetz vorgeschriebenen Maßstäbe für die Verletzung von Programmgrundsätzen zufriedenstellend informieren konnte.

Freundliche Grüße

\_\_\_\_\_